

Der Ärger bleibt in Alesheim

In der Bürgerversammlung kochte die Kritik an der Zusammenlegung der **KINDERGÄRTEN** in Trommetsheim wieder auf.

ALESHEIM/TROMMETSHEIM. Der Umstieg von Misch- auf Trennsystem bei der Kanalsanierung Wachenhofen hätte der Gemeinde Alesheim nur 125 000 Euro mehr gekostet. Der Nichtumstieg droht nun aber noch teurer zu werden. Für den Alesheimer Kindergarten wiederum wird das endgültige Aus befürchtet. Beides treibt die Bürger nach wie vor um, zeigte die Bürgerversammlung im Kernort.

Eigentlich wollte Bürgermeister Manfred Schuster das berüchtigte „Nachkarteln“ vermeiden. Ein Bürgerentscheid habe ergeben, dass es in Wachenhofen in Sachen Abwasser beim Mischsystem bleiben solle. Das gelte es nun umzusetzen. Ob dieses Festhalten denn nun nicht noch kostenintensiver würde als die Umstellung auf ein System der Abwassertrennung, wollte bei dem Treffen ein Besucher wissen. „Das ist zu befürchten“, räumte Schuster ein.

Denn das Problem des Fremdwasseraufkommens bestehe ja weiterhin und es müsse auf irgendeine Weise gelöst werden. Wenn dem so sei, „hat man uns seitens einer gewissen Initiative die Unwahrheit erzählt“, kam es erbot zurück. Hilft aber nichts. Die Sache ist entschieden.

Anders sieht es bezüglich der Kindergartenfrage aus. Hier werden bereits Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt. Fraglich ist freilich, ob ein solches überhaupt zulässig wäre. Denn die Trägerschaft der Kindergärten in Alesheim und in Trommetsheim obliegt den evangelischen Kirchengemeinden.

Diese favorisieren den Erhalt und die Erweiterung der Trommetshei-

mer Einrichtung, deren denkmalgeschütztes Haus sich in kirchlichem Eigentum befindet. Alesheim – das dortige Haus gehört der Gemeinde und wurde vor wenigen Jahren saniert – soll hingegen geschlossen werden. Diese Konstellation sorgte für allerhand Spekulationen. Die Kirchenverwaltung plädierte nur deswegen für die Trommetsheimer Lösung, um sich vor den Kosten der dortigen Sanierung zu drücken, hieß es.

Solche Aussagen verärgerten allerdings Bürgermeister Schuster. Denn die finanzielle Hauptlast müsse so oder so die Gemeinde tragen: „Da gibt es keine Sonderregelung!“ Die Investitionskosten für die Umstellung auf einen einzigen Kindergarten selbst wäre zudem an beiden Standorten etwa gleich hoch – nämlich rund eine Dreiviertelmillion Euro.

Reicht es für zwei Standorte?

Pfarrerin Julia Kleemann drehte den Spieß sogar um. Die Kirche würde sich bei Maßnahmen in Trommetsheim natürlich beteiligen (zudem gäbe es dort auch eine Nutzungspflicht für 25 Jahre), in Alesheim hingegen nicht. Das wiederum sei „eine Milchmädchenrechnung“, regte sich Protest. Allerdings wolle man nicht den einen gegen den anderen Standort ausspielen, hieß es mehrfach. Vielmehr sei man überzeugt, dass langfristig gerade durch die ausgewiesenen Baugebiete ein Kindergarten alleine nicht ausreichen werde.

Der Bürgermeister sah dies anders. Ob bei Banken oder anderen Institutionen auf dem Land sei der



Der Trommetsheimer Kindergarten soll für rund 750 000 Euro ertüchtigt, die Alesheimer Einrichtung hingegen geschlossen werden. Bei der Bürgerversammlung in Alesheim sorgte das für erheblichen Zündstoff.

Foto: Jürgen Leykamm

Trend zu Zusammenlegungen unverkennbar. Aber selbst dann könne man ja noch zwei Häuser unter eine Leitung stellen, so das Gegenargument. „Das haben wir zu erreichen versucht“, so Kleemann, „aber das ist juristisch nicht zulässig“. Auch ganz praktisch lasse sich bezüglich des Personals in einer Einrichtung wesentlich besser jonglieren.

Und das ist notwendig. Denn es findet sich für den Alesheimer Kindergarten einfach keine Erzieherin in Vollzeit, das Stammpersonal selbst befindet sich in Elternzeit. Derzeit stehen nur Teilzeitkräfte zur Verfügung. Das wollte eine Besucherin nicht so stehen lassen: „Überall findet sich Personal – warum nicht hier?“ Den vermeintlichen Grund lieferten gleich mehrere Versammlungsteilnehmer aus einem Munde: „Weil ihr keines wollt!“

Es sei schon sehr merkwürdig, dass es von den „unzähligen Bewerbern“ niemand zu einer Festanstellung geschafft habe. Alle Bewerbun-

gen seien „vom Jugendamt geprüft worden“, konterte Kleemann. Oft habe es an der Qualifikation oder an den Sprachkenntnissen gemangelt. Viele hätten zudem nicht in einem eingruppierten Kindergarten arbeiten wollen – obwohl sie sich genau hierfür beworben hatten. Auch das Angebot zu einer unbefristeten Einstellung habe sie nicht umstimmen können: „Wir haben uns bezüglich des Personals schon sehr weit aus dem Fenster gelehnt!“

Letztlich blieb das unguete Gefühl, dass „der Alesheimer Kindergarten für immer zu bleibt, wenn er erst einmal ganz geschlossen wird“, hieß es im Publikum. Was ein gewaltiger Schritt sei, über den man zumindest zuvor die Gemeinde selbst hätte informieren müssen. Und den man dann wohl auch noch hätte abwenden können. Als eine Besucherin die Überzeugung äußerte, dass „der Erhalt beider Einrichtungen“ möglich sei, erntete sie dafür starken Applaus.

Bürgermeister Manfred Schuster lud angesichts der aufgeheizten Stimmung zu einem neuerlichen Gespräch über die Kindergarten-zukunft ein. Er gab aber auch zu bedenken, dass der Entscheidungsprozess bereits ein ganzes Jahr in Anspruch genommen habe. Und zwar in den zuständigen, von den Bürgern gewählten Gremien. Dort hätten sich Kritiker „mundtot“ gemacht gefühlt, beklagte einer.

Zudem durften sich der Bürgermeister und die Pfarrerin noch einen gewaltigen Vorwurf anhören: Sie seien „die Totengräber des Alesheimer Kindergartens“. Ein Ausweg aus dem Dilemma könnte sein, die Trägerschaft der Kindergärten von der Kirche zur Kommune hin zu übertragen, so ein Vorschlag. Die ganze Diskussion aber habe großes Schadpotenzial, monierte ein Gast. Sie drohe, „in einen Riss durch unsere Gemeinschaft“ auszuarten. Doch dieser „ist doch schon da“, kam als Antwort.

JÜRGEN LEYKAMM